

## Deutschösterreich.

### Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Da die Uebermittlung der Antwortnote der Entente eine Verschiebung auf die nächste Woche erhalten hat, wird nun auch der Vertreter der Großdeutschen Vereinigung in der Friedensdelegation Abgeordneter Dr. Schönauer heute Freitag abends nach Saint-Germain reisen. Ursache der Verschiebung der Antwort ist nach Anschauung parlamentarischer Kreise zunächst der Umstand, daß sich die Entente wenigstens den Anschein geben will, als ob sie die Bestimmungen des Friedensvertrages neuerdings überprüfen würde, sowie die durch die Umwälzung in Ungarn geschaffene veränderte politische Situation, auf die bei der Abschließung des Friedensvertrages mit Deutschösterreich entsprechende Rücksicht genommen werden muß.

In der übernächsten Woche, etwa Montag oder Dienstag, den 25. und 26. d., dürfen die Sitzungen des Hauptausschusses und der Nationalversammlung stattfinden, in denen über die Annahme des Friedensvertrages entschieden werden wird, da der Staatskanzler seine Unterschrift nur nach einem zustimmenden Beschluß der Nationalversammlung unter den Friedensvertrag setzen will.

### Eine weitere Verzögerung.

Wie wir erfahren, wird jedoch die Ueberreichung der Antwortnote in Saint-Germain noch eine weitere Verzögerung erfahren, da auch die um eine Woche verlängerte Frist zur Durcharbeitung der Gegenorschläge der deutschösterreichischen Delegation in den einzelnen Kommissionen der Friedenskonferenz nicht ausreicht.

### Das Streben Tirols und Vorarlbergs zu Deutschland.

Eine parlamentarische Korrespondenz berichtet:

Wie uns von führenden Tiroler politischen Kreisen mitgeteilt wird, steht Tirol nach wie vor auf dem Boden des Anschlusses an das Deutsche Reich, und es ist nur mehr eine Frage der Zeit; wann dieses Ziel erreicht werden kann. In deutschnationalen wie in christlichsozialen Kreisen Tirols glaubt man, nur im baldigen Anschluß an das Deutsche Reich einen Ausweg in die Zukunft zu finden.

Ebenso wie Tirol, wird auch Vorarlberg einen Ausweg aus der Situation, in die das Land durch die Ablehnung des Anschlusses an die Schweiz durch die Schweizer selbst gekommen ist, dadurch finden, daß es sich gleichfalls reichsdeutsch orientiert.

Wie aus allem hervorgeht, stellt man sich die Sache in Innsbruck nicht so vor, daß der Anschluß an das Deutsche Reich auf dem Wege der deutschösterreichischen Republik, beziehungsweise mit ihr geschehen werde, sondern die Länder Tirol, Vorarlberg usw. würden

einzelnen — nicht an Bayern angegliedert —, sondern als selbständige kleine Bundesstaaten zum Deutschen Reich kommen. Die Entscheidung über den Anschluß dieser Länder an das Deutsche Reich würde daher nicht in Wien fallen, sondern er würde von den autonomen Landesvertretungen der genannten Länder zu beschließen sein.

### Gegen die Willkür der A.- und S.-Räte.

#### Eine Rede des Staatssekretärs Stöckler.

In einer am Mittwoch in Reichenau von der Ortsgruppe des niederösterreichischen Bauernbundes abgehaltenen Versammlung hielt Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft Stöckler eine Rede, worin er einleitend jagte, er halte gerade Reichenau für den geeigneten Ort, mit den Landwirten einen Meinungsaustausch über die politische Lage zu pflegen. Reichenau war bis zum Zusammenbruch der Wohnsitz des Kaisers und seiner Hofhaltung. Hier im Schloß Wartholz sind während des Krieges jene weittragenden und folgenschweren Beschlüsse gefaßt worden, die zum Zusammenbruch unseres Staates und der Volkswirtschaft, zum Weißbluten unseres alpenländischen Volkes und zum heutigen Hungereleid geführt haben. Hier beobachteten die Bauern die Angehörigen jener bedorrechteten Klasse, die den Bauer nur als willfähiges Arbeitstier und wertloses Kanonenfutter betrachtete, jener Klasse, von der sich die jagdwortlichen Uebertreibungen aus verbreiteten, infolge deren Tausende von alpenländischen Bauernwirtschaften gelegt und in Jagdreviere umgewandelt wurden. Die bäuerlichen Organisationen haben sich für den Freistaat erklärt, weil sie anstrebten, „freie Bauern in einem freien Staate“ zu werden. Wir wollen nicht mehr wissen von der Herrschaft eines Herrscherhauses, das selbst volksfremd, zwischen sich und den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung gewissermaßen als Scheidemauer, eine rückständige Aristokratie, ein unfähiges Bureaukrantentum und eine verantwortungslose Militär- und Polizeiherrschaft aufgerichtet hat. Leben wir aber jetzt wirklich im freien Staate? Ein einzelner Berufsstand, eine Minorität, die organisierte Arbeiterschaft, hat mehr und mehr die Herrschaft an sich gerissen; diese Minorität wurde wieder von einer zahlenmäßig verschwindend kleinen Gruppe terrorisiert.

Der Staatssekretär wendete sich dann gegen das gewalttätige Vorgehen der A.- und S.-Räte bei der lokalen Preisfestsetzung und Lebensmittelablieferung und richtete zum Schluß an die Sozialdemokratie nochmals die ernste Mahnung, in ihren Reihen Ordnung zu schaffen, denn solche Verhältnisse ebnen den Boden für monarchistische Propaganda.